

Sehr geehrte Frau Risse, sehr geehrter Herr BM Andreas Osner,  
sehr geehrter Herr OB Uli Burchardt, sehr geehrte Frau Barth, sehr geehrte Frau Parschat,  
sehr geehrter Herr Schröpel,

Die Fraktion der FGL ist erleichtert, dass in der Anschlussunterkunft „Atrium“ lediglich eine sehr geringe Personenzahl am Osterwochenende positiv auf das Corona Virus getestet wurde. Bei einer Person aus der mit nahezu 100 Personen belegten Unterkunft wurde die Krankheit COVID 19 diagnostiziert.

Die Verwaltung der Stadt Konstanz musste gemeinsam mit dem Gesundheitsamt, ehrenamtlichen HelferInnen und vielen weiteren Akteuren dafür Sorge tragen, dass eine Testung und Isolierung der betroffenen BewohnerInnen schnell umgesetzt werden konnte. Dies war angesichts des Osterwochenendes mit einem sehr hohen persönlichen Einsatz aller eingesetzten Kräfte verbunden. Für dieses außergewöhnliche Engagement möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Ein besonderer Dank gilt auch den BewohnerInnen der Anschlussunterkunft Atrium. Das Besuchsverbot und die Quarantänemaßnahmen wurden akzeptiert und im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung kooperierten die Betroffenen mit den BehördenvertreterInnen in einer ruhigen und besonnen Art und Weise.

Leider gab es erhebliche Irritationen in unserer Fraktion und in Teilen der Bevölkerung über die Errichtung eines temporären Zaunes und die starke Präsenz von Sicherheitskräften und Polizei vor Ort.

Bereits am Samstag hatten unsere Gemeinderäte Frau Kusche und Herr Küttner kontakt zu Frau Risse aufgenommen und unsere Bedenken formuliert.

Diese scharfe Form der Überwachung eines Besuchsverbots kannten wir bis dato aus anderen Einrichtungen und Sammelunterkünften noch nicht.

Den Rassismusrvorwurf der Konstanzer SEEBRÜCKE teilen wir in diesem Zusammenhang nicht.

Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme darf und muss jedoch gestellt werden.

Wir sind der Überzeugung, dass man Ängsten und Vorurteilen bei allen Beteiligten nur durch eine umfassende Informationspolitik sinnvoll begegnen kann. Hierzu gehört nicht nur eine gute Kommunikation und gesundheitliche Aufklärung z.B. durch die Integrationsmanager an die Adresse von BewohnerInnen in den Sammelunterkünften. Zum Abbau von Kommunikationslücken und zur weiteren Festigung von Vertrauen in Verwaltungshandeln gehören neben umfassenden Informationen auch die Glaubhaftmachung, dass bei sehr restriktiven Anordnungen nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.

Aus diesem Grund möchten wir von der Verwaltung Auskunft erbitten, wie die Planungen für mögliche Krankheitsfälle in anderen Flüchtlingsunterkünften sind, und ob man dort ein behutsameres Vorgehen in Erwägung zieht.

Der Gemeinderat wird aktuell von Entscheidungen der Verwaltung in der Regel im Nachgang informiert. Wir haben diese Beschneidung unserer Rechte und Aufgaben als gewählte Gemeinderätinnen in der aktuellen Corona Krise wahr genommen. Wir werden uns jedoch weiterhin für eine offene und auch kontroverse Diskussionskultur einsetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Günter Beyer-Köhler( Co-Fraktionssprecher der FGL)